Deutscher Verkehrsbund

Zentralorgan für die Interessen der in privaten und öffentlichen Betrieben des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes beschäft. Lohn- und Gehaltsempfänger

Nr. 10 | Erscheint alle 14 Tage. Bezugspreis vierteljährlich 150 Goldpfennige. Einzelnummer 30 Goldpfennige. | Berlin, den 16. Mai 1925 | Redaktion u. Exped.: Berlin SW.6. Michaelkirchplatz 1. Fernsprech-Anschluß: Amt Moritzplatz, Nr. 950 u. 13904. Redaktionsschluß 8 Tage vor Erscheinen des Blattes. | 3. Jahrg.

Unsere Organisation im 2. Halbjahr 1924.

Wiederaufbau der Wirtschaft! — Das war das Kernproblem, vor dessen Lösung sich das deutsche Volk zu Beginn des Jahres 1924 gestellt sah. Gewiß gehörte die Lösung dieses Problems zu den ernstesten deutschen Sorgen schon von dem Augenblick an, als der Donner des letzten Kanonenschusses über die Schlachtfelder des Weltkrieges rollte. **Zur Steuer der Wahrheit gegenüber einer nichtswürdigen Demagogie muß immer wieder betont werden, daß nicht eine sogenannte „sozialistische Mißwirtschaft" der Nachkriegszeit, sondern der Krieg selbst im Zusammenhang mit der grundverfehlten Politik des Kaiserreichs es war, der zugleich mit unserem Staat auch unsere Wirtschaft zusammenbrechen ließ.** Der Krieg ist weder unserem Volke noch unserer nationalen Wirtschaft — wie ein gewisser Generalfeldmarschall das von sich behauptet hat —, „wie eine Badekur bekommen". Aber auch die Wiederaufbauarbeit in den Jahren seit Kriegsende ist dauernd gestört worden. Erinnern wir uns nur und vergessen wir es nicht: Harter Friedensvertrag, außenpolitischer Druck, kommunistischer Putschwahnsinn, Ermordung Eisners, Erzbergers, Rathenaus, Kapp-Putsch, Cuno-Politik mit ihren verderblichen Folgen: Ruhrbesetzung und Hochinflation, die Harlekinade des Ludendorff-Hitler-Putsches, und damit ist die Liste der politischen Wahnsinnstaten verbohrter Reaktionäre und wild gewordener Pseudo-Revolutionäre noch keineswegs erschöpft — war das der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands förderlich? Die Frage stellen, heißt sie verneinen! Erst die Friedenspolitik Macdonalds in England, der Sieg Herriots über Poincaré in Frankreich, die Zurückweisung der völkischen nud kommunistischen Extreme in Deutschland öffneten einen Weg ins Freie. Die Sanierung unserer Währung durch Einführung der Rentenmark, die dann durch unsere jetzt geltende Währung abgelöst wurde, gab der Wirtschaft wieder eine feste Basis und verwandelte den chaotischen Zustand unseres Reichshaushalts in ein geordnetes Budget mit einem beträchtlichen Ueberschuß. Weniger erfreulich ist es, daß sich die Regierung Luther-Schlieben-Neuhaus — auch ein Erzeugnis der deutschnational-kommunistischen Verschwörung gegen eine den wirklichen Volksinteressen dienende Politik — in verdächtiger Weise und unter skandalöser Mißachtung des Budgetrechts des Reichstags beeilte, von dem Etatsüberschuß rund 750 Millionen Mark der „entschädigungsbedürftigen" Schwerindustrie zuzuschlagen. Die Gewerkschaften haben der Regierung Luther deutlich zu verstehen gegeben, daß sie einer Steuerpolitik schärfsten Widerstand entgegensetzen werden, die die Arbeiterschaft über die Gebühr belastet und die Industrieherren in der einseitigsten Weise bevorzugt. Der Kampf um die große Steuerreform, der jetzt in vollem Gange ist, dürfte den breitesten Massen unseres Volkes ganz klar zu erkennen geben, wer ihre Interessen vertritt und wer sie zugunsten großkapitalistischer Interessen auszubeuten trachtet. Ueberschauen wir, was uns die Entwicklung des letzten Jahres gebracht hat, so dürfen wir als Gesamtergebnis feststellen, daß wir ein gutes Stück auf dem Wege der wirtschaftlichen Konsolidierung vorwärts gekommen sind. Freilich bot Deutschland auch im Jahre 1924 seiner arbeitenden Bevölkerung noch lange kein Paradies. Arbeitslosigkeit und härtester Existenzkampf waren immer noch die steten Wegbegleiter für Zehntausende unserer Arbeitsbrüder. Aber trotzdem wird keiner unserer Volksgenossen den Verhältnissen der Zeit vor dem 1. Januar 1924 den Vorzug geben.

Wiederaufbau der Gewerkschaften! — **Das war die andere große Aufgabe, die uns das Jahr 1924 zuwies.** Durch die Inflation finanziell erschöpft, die Mitgliederzahlen stark zusammengeschrumpft, zeitweise ohne Presse, einen erheblich verringerten Angestelltenstab, so zeigte sich uns das Bild, das die Gewerkschaften am Ende des Jahres 1923 boten. Auf der anderen Seite stand ein angriffslustiges Unternehmertum, das unter der Inflation kaum gelitten, ja vielfach sogar daraus Nutzen gezogen hatte und nunmehr die Stunde für gekommen hielt, den verhaßten Gewerkschaften das Lebenslicht auszublasen. **Die Herren von Kohle und Eisen haben sich getäuscht.** Die Gesamtgewerkschaftsbewegung steht heute wieder innerlich gefestigt da. Mag auch in diesem oder jenem unserer Bruderverbände selbst noch im Jahre 1924 ein Mitgliederrückgang zu verzeichnen gewesen sein, den wir eben auf das Konto der Gesundungskrise schreiben müssen, so zeigen die ersten Monate des laufenden Jahres einen stetigen Aufstieg der Mitgliederzahlen. Diejenigen Organisationen, die ihre Unterstützungseinrichtungen vorübergehend außer Kraft setzen mußten, haben diese Maßnahme wieder rückgängig gemacht; ein sicherer Beweis für die zunehmende finanzielle Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften. Die Gewerkschaftspresse braucht keine Einschränkungen mehr zu fürchten; auch sie hat freie Bahn zur Entwicklung und vollen Kraftentfaltung. Verstärkter Widerstand der organisierten Arbeiterschaft gegen die Unternehmer und das fast vollständige Erlöschen des kommunistischen Einflusses sind weitere sichtbare Zeichen der gewerkschaftlichen Gesundung. So riesengroß die Aufgabe auch war, heute dürfen und können wir mit Stolz sagen: Wirtschaftskatastrophe und Stabilisierungskrise — das Schlimmste ist überwunden. Die Gewerkschaftsbewegung konnte wohl gehemmt und vorübergehend geschwächt werden, bezwungen wurde sie nicht, und bezwungen wird sie auch niemals werden. Im Gegenteil, heute befindet sie sich wieder in rüstigem Vormarsch, und sie muß ja auch marschieren, denn das erheischt gebieterisch der Lebenswille der Millionenmassen der geiretenen und ausgebeuteten Arbeiterklasse, die sich nach mehr Sonne und Raum und nach mehr Menschenwürde sehnt, die aus der Tiefe empor zum Licht will!

Betrachten wir nun das Enwicklungsergebnis, wie es sich für unsere eigene Organisation am Schlusse des Jahres 1924 darstellt. Die Mitgliederzahl bezifferte sich Ende 1924 auf 274 275, die sich auf 554 Verwaltungsstellen verteilen. Gegenüber der Mitgliederzahl am Schlusse des 1. Halbjahres, die damals 301 945 betrug, ist also ein Verlust von 27 670 Mitgliedern zu verzeichnen. Eine Zunahme an Mitgliedern haben nur die Bezirksverwaltung Groß-Berlin und die Binnenschiffer zu verzeichnen. Rein zahlenmäßig hat der Gau 11 mit 7726 die meisten Mitglieder verloren, während verhältnismäßig der Verlust am stärksten im Gau 1 ist, wo die Mitgliederzahl von 17 435 auf 14 015 zurückging. Der Gau 10 hat 980 von 6407 eingebüßt. Gut behauplet haben sich die Gaue 5, 6, 7 und 16, die bei einem verhältnismäßig geringen Mitgliederverlust trotzdem eine Zunahme der Wochenbeiträge verzeichnen können. Das trifft auch zu für den Gau 11, der im 2. Halbjahr 50 249 Wochenbeiträge mehr umgesetzt hat. Im Gesamtresultat zeigt sich eine Zunahme der umgesetzten Wochenbeiträge um 32 128 Stück und damit gegenüber dem 1. Halbjahr ein Steigen der Zahl der verkauften Wochenbeiträge von 2 713 344 auf 2 745 472 Stück. Unsere Kritik, die wir bei der Besprechung der Organisationsentwicklung im Halbjahr 1924 anbrachten, hat also, wie wir mit Befriedigung feststellen, durchweg Beachtung gefunden. Die Papiersoldaten sind aus unseren Mitgliederlisten verschwunden, und **die 274 275 Mitglieder, die wir am Jahresschluß musterten, sind Gewerkschafter, deren Zugehörigkeit zur Organisation mehr bedeutet als ein vielleicht nur widerwillig abgelegtes Lippenbekenntnis und ein rasch und hell aufloderndes, aber auch ebenso schnell wieder verlöschendes Strohfeuer überzeugungsloser Begeisterung.**

Die Durchschnittszahlen der eingegangenen Wochenbeiträge pro Mitglied bewegen sich in fortgesetzt ansteigender Linie. Es ergibt sich folgendes Bild: 1. Quartal: 8,1, 2. Quartal: 9,0, 3. Quartal 9,4, 4. Quartal 10,0. Mithin eine durchaus gesunde Entwicklung. Die höchste Durchschnittszahl erreichte im 4. Quartal der Gau 16 mit 11,3 Wochenbeiträgen. Einen Durchschnitt von mehr als 10 erreichten ferner die Gaue: 5: 10,9, 6: 10,9, 7: 10,7, 10: 10,5, 1: 10,3, 4: 10,3, 15: 10,3, 2: 10,2, 11: 10,2 und die Binnenschiffer 10,6. Weniger als 10 betrug der Durchschnitt in den Gauen: 12: 9,9, 3: 9,8, 13: 9,7, 8: 9,6, Berlin: 9,2 und Gau 14: 9,1. Einen Durchschnitt von weniger als 9, nämlich 8,7, hat nur noch der Gau 9 aufzuweisen. Wenn wir auch die Entwicklung der Durchschnittsziffer der geleisteten Wochenbeiträge als zufriedenstellend bezeichnen können, so ergibt sich doch aus den mitgeteilten Einzelergebnissen, daß in verschiedenen Bezirken noch manches nachgeholt werden muß. **Als nächstes Ziel muß angestrebt werden, daß der Durchschnitt von mindestens elf Wochenbeiträgen pro Mitglied und Quartal überall erreicht wird.**

Auf 130 099,40 Mk. bezifferten sich in der verflossenen Berichtsperiode die Gesamtunkosten der Gauverwaltung. Die Gaubeiträge brachten eine Einnahme von 64 328,70 Mk., so daß die Hauptkasse zur Deckung der Ausgaben einen Zuschuß in der Höhe von 65 770,70 Mk. leisten mußte. Nur der Gau 11 vermochte seine Unkosten selbst zu decken und darüber hinaus noch einen Ueberschuß im Betrage von 1685,18 Mk. zu erzielen. Umgerechnet auf den einzelnen Wochenbeitrag erforderten den höchsten Zuschuß — 5 Pfennig — die Binnenschiffer. Diesen folgten: Gau 2 mit 4,6 Pf., Gau 3 mit 3,8 Pf., Gau 7 mit 3,2 Pf. und Gau 13 mit 3,1 Pf. Unter einem Pfennig pro Beitrag bewegte sich der Zuschuß für Groß-Berlin und die Gaue 4, 5 und 16, während für die übrigen Bezirke sich der auf den einzelnen Wochenbeitrag entfallende Zuschuß zwischen einem und zwei Pfennigen bewegt. Die Zuschußleistung der Hauptkasse an die Gauverwaltungen zeigt vom 2. Halbjahr 1923 ab eine steigende Kurve. Damals betrug der Zuschuß pro Wochenbeitrag 0,6 Pf., um dann im 1. Halbjahr 1924 auf 1,1 Pf. und schließlich auf 1,2 Pf. im 2. Halbjahr 1924 zu steigen. Wir verweisen auf das zu diesem Kapitel schon wiederholt Gesagte und erwarten, daß die Gauvorstände dementsprechend vorgehen.

Schon in unserer Betrachtung über das 1. Halbjahr haben wir darauf hingewiesen, daß die Zahl der Lohnbewegungen im Vergleich zum Jahre 1923 ganz gewaltig zurückgegangen ist. In Anbetracht der völlig veränderten Verhältnisse ist das auch ohne weiteres erklärlich. Immerhin kommen wir auch für den augenblicklich zu besprechenden Zeitraum auf die respektable Zahl von

1824 Lohnbewegungen

und Differenzen, die ihre Erledigung gefunden haben. Unsere Voraussage ist eingetroffen. Trotz ihrer Verminderung haben die Wirtschaftskämpfe an Schärfe nichts verloren. Um jede Position wird heftig und zähe gerungen. **Die Unternehmerverbände setzen alles daran, um die sozialen Bindungen, die sie in der Nachkriegszeit eingehen mußten, zu lockern und, wenn möglich, zu sprengen. Diese Absichten des kapitalistischen Herrentums zunichte zu machen, ist unsere Aufgabe! Uns dabei zu unterstützen, ist Selbsterhaltungspflicht aller Berufskollegen! Die Mobilmachung aller Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und ihre gewerkschaftliche Eingliederung in unsere Organisation ist das Gebot der Stunde für jeden, der sich nicht willenlos unter das Sklavenjoch der kapitalistischen Ausbeutung beugen will!**

Unsere Funktionäre haben ihre Pflicht getan. Neben den rund 2000 Lohnbewegungen, die durchgeführt wurden, haben sie in 3511 Versammlungen und 6513 Besprechungen und Sitzungen für die Interessen der Kollegenschaft gewirkt und für die Festigung und Verbreitung des Organisationsgedankens geworben. Es erübrigt sich, viele Worte zu machen über das Riesenmaß der schriftlichen Arbeiten, das nebenher bewältigt werden mußte. Denjenigen, die diese Arbeit geleistet haben, sei auch an dieser Stelle, gedankt, und die Kollegen können ihre Anerkennung am besten dadurch zum Ausdruck bringen, daß sie ihre Pflichten der Organisation gegenüber pünktlich erfüllen.

Karl Marx, unser unvergeßlicher Vorkämpfer und Lehrmeister, sagte einmal: „Die menschliche Gesellschaft wird nicht eher zur Ruhe kommen, bis sie sich um die Sonne der Arbeit dreht." In diesen Worten steckt eine tiefe Wahrheit, die wir sofort bestätigt finden, wenn wir die fortdauernden sozialen Erschütterungen betrachten, von denen unsere Zeitgeschichte erfüllt ist. Deshalb kann es auch für uns weder Rast noch Ruhe geben, bis das fluchwürdige kapitalistische Menschen-Ausbeutungssystem beseitigt und die Arbeit wirklich frei geworden ist. Jeder einzelne von uns hat es in der Hand, den Leidensweg der Menschheit abzukürzen. Wir brauchen nur zu eigen, daß wir Männer sind und für unser Recht, das das Recht der Arbeit und einer wahrhaft sittlichen Gesellschaftskultur ist, zu kämpfen verstehen. Waffe in diesem Kampfe muß uns in erster Linie die gewerkschaftliche Organisation sein! Verstehen wir nur recht, was uns Ludwig Pfau in seinem „Bienenlied" zuruft:

Menschenbienen, die Natur,
Gab sie euch den Honig nur?
Seht die Drohnen um euch her!
Habt ihr keinen Stachel mehr?!

„Welch ein Abfall."

Nach dem schlichten und großen Staatsmann Ebert der Nurmilitär Hindenburg — „welch ein Abfall", würde Shakespeare sagen. Wir müssen gestehen: so verblüfft wie bei der Verkündung des Resultats dieser Wahl waren wir noch nie. Jede Dummheit trauten wir ja schließlich dem deutschen Spießbürger zu, aber daß es in Deutschland 14½ Millionen Spitteljungfrauen männlichen und weiblichen Geschlechts gibt, das übersteigt das Fassungsvermögen unserer Denkkraft. Da reden und schreiben die Leute immer, es sei schwer, keine Satire zu schreiben, aber es muß doch schwer, furchtbar schwer sein, denn sonst müßten wir unter dem Berg der Satiren auf das Wahlergebnis ersticken. Selbst die reaktionären Soldschreiber kommen nicht so recht in Schwung, obwohl sie eigentlich „am dransten" sind. Glücklicherweise leistet sich ab und zu ein schreibbeflissener teutscher Federheld eine unfreiwillige Satire auf Hindenburg und seine Wähler, so daß die Erschütterung der Seele ein heilsames Gegenmittel in der Erschütterung des Zwerchfells findet.

Und dabei ist die Angelegenheit so ernst, so furchtbar ernst, weil es weniger um Hindenburg geht, als um seine Einbläser. Wir haben diese Art Leute aus den Tagebüchern der wilhelminischen Hofschranzen kennengelernt und wissen, welchen volksverderbenden Einfluß diese Giftmischer ausgeübt haben. Von dem „Retter" der deutschen Steuerdrückeberger wissen wir — ebenfalls aus Erinnerungsschriften —, daß er stets nur den Namen für die „Taten" der Oberst Bauer und General Ludendorff hergab. Er wußte im Kriege schließlich überhaupt nicht mehr, was gespielt wurde. „Wir sagten ihm gar nicht mehr, wo die einzelnen Divisionen standen", heißt es an einer Stelle in der Generalsmemoirenliteratur. Die Leute, die heute in Deutschland „Präsidenten machen", werden Hindenburg auch nicht gerade darüber belehren, was sie mit ihm vorhaben, denn es steht doch immerhin zu befürchten, daß ein so altmodischer Mann seinen Eid als unverletzliches Heiligtum ansieht. Der „Vater" ist ja schon einmal so einer opapamäßigen, ehrpusseligen Auffassung vom Eid zum Opfer gefallen, als er, ungleich seinem obersten Chef und seinem nächsten Mitarbeiter, weder nach Holland noch nach Schweden floh, sondern die geschlagene Armee in Ordnung zurückführte. Diese selbstverständliche Pflichterfüllung ist unseren Patentpatrioten so unverständlich, daß sie große, ekelerregende Salbadereien über Hindenburgs deutsche „Treue" machen. Wenn schon die einfachste und natürlichste Handlung den

langten, wurde der Spruch für verbindlich erklärt. Damit hatten die Reeder nun wohl den Spruch, aber keine Hafenarbeiter, sondern nur einige Waggons jenes Weltkehrichts, den die Unternehmer euphemistisch „Arbeitswillige", anständige Menschen aber Klassenverräter und Streikbrecher nennen. Die Kollegen verharrten im Streik. Jetzt griff der Regierungspräsident ein und brachte die Parteien wieder an den Verhandlungstisch. Die Reeder weigerten sich mit aller Entschiedenheit, den Tagelohn auf Kosten der Akkordsätze um ein geringes zu erhöhen. Dagegen verlangten sie, daß im Tarif bestimmt werde, jede angefangene Arbeit sei unter allen Umständen, auch bei Streikausbruch fertigzumachen. Weiter verlangten sie die Hinterlegung einer Haftsumme, die verfallen sollte, sobald der Tarifvertrag verletzt werde.

In scharfer Diskussion kam schließlich eine Einigung auf den verbindlich erklärten Schiedsspruch zustande. Die Reeder verpflichteten sich, die Streikbrecherbande wieder abzuschieben. Die Straßenkehrer Stettins freuen sich schon.

Reichs- und Staatsarbeiter.

Nachdem die Verhandlungen für die Reichsbetriebs- und Verwaltungsarbeiter Verbesserungen ihres Lohngruppenverzeichnisses ergeben haben, konnte nunmehr auch für die Verwaltungsarbeiter Preußens durch Ausführungsbestimmungen zu § 11 des Tarifes in dieser Angelegenheit eine günstigere Regelung erzielt werden. Im Preußischen Besoldungsblatt Nr. 23 sind diese Bestimmungen veröffentlicht worden, und wir geben den genauen Wortlaut bekannt. Wir bitten unsere Mitglieder, überall eine Verständigung mit der Dienstleitung herbeizuführen. Der Manteltarif Preußens ist nicht gekündigt worden und läuft somit vollinhaltlich weiter.

Auf Grund des § 28 des Manteltarifvertrages für die Lohnempfänger bei den preußischen Verwaltungsbehörden (Verwaltungsarbeiter) v. 3. 12. 1921 in der Fassung vom 26. 4. 1924 sind mit dem von den vertragschließenden Organisationen aufgestellten Tarifausschusse folgende ausführende Bestimmungen vereinbart worden:

Ausführungsbestimmungen zu § 11 des Manteltarifvertrages:

I.

Die Zustimmung des Finanzministers ist nicht erforderlich, wenn Zuschläge nach folgenden Grundsätzen gewährt werden:

a) an Handwerker mit höher zu bewertenden Leistungen;

b) an angelernte Arbeiter mit besonders qualifizierter Tätigkeit.

Die auf Grund dieser Bestimmung gewährten Lohnzuschläge betragen für die unter a und b bezeichneten Arbeitnehmer 10 v. H. des jeweiligen Tariflohnes. (Grundlohn, Dienstalterszulage, Ortslohnzulage, jedoch nicht der sozialen Zuschläge.)

Bei den unter b. angeführten angelernten Arbeitern kann in besonders gelagerten Fällen mit Zustimmung des Finanzministers der Zuschlag höher bemessen werden, jedoch darf in keinem Falle der Handwerkerlohn überschritten werden.

II.

Ungelernte Arbeiter, die mit körperlich schwerer oder besonders verantwortungsvoller Arbeit beschäftigt werden, erhalten nach Ablauf eines Jahres für die Dauer der Zeit, in der sie solche Arbeiten verrichten, den Tariflohn des angelernten Arbeiters.

In Zweifelsfällen entscheidet der Fachminister.

III.

1. Handwerker mit höher zu bewertenden Leistungen sind insbesondere:

Feinmechaniker, Optiker, Motorschlosser, Präzisionsdreher, Uhrmacher, Werkzeugmacher, Buch- und Stein-(Zink-)drucker, Reviergärtner, erste Maschinisten, Oberheizer, Handwerker, die mit der Anfertigung von Modellen betraut werden, Handwerker, die elektrische Licht- und Kraftanlagen selbständig unterhalten, Schaltanlagen herstellen sowie mit der Auffindung von Störungen an diesen Anlagen betraut sind, Kunstformer, Vorhandwerker.

2. Angelernte Arbeiter mit besonders qualifizierter Tätigkeit sind insbesondere:

Heizer an Hochdruckkesseln mit Prüfungszeugnis, soweit sie nicht unter Lohngruppe I fallen, Kraftwagenführer, soweit sie nicht als Handwerker geführt werden oder besondere Vereinbarungen bestehen, Eichgehilfen, Aktenhefter, soweit sie gelernte Buchbinder sind, die auch mit kleinen Buchbinderarbeiten beschäftigt werden, und angelernte Arbeiter, die auf Grund besonderer Erfahrung eine handwerksmäßige Tätigkeit ausüben.

3. Ungelernte Arbeiter mit körperlich schwerer oder besonders verantwortungsvoller Arbeit sind insbesondere:

Arbeiter in den Kleiderlagern, Hilfsamtsgehilfen, Holzspalter, Kassenboten, Magazin- und Lagerarbeiter, die mit der pfleglichen Behandlung der Lagervorräte beschäftigt sind, soweit nicht in Lohngruppe II, Maschinenputzer, Pferdepfleger, Pförtner an verkehrsreichen Eingängen, Wächter mit Dienstwaffen, Begleithunden oder auf freiem Gelände, Gartenarbeiter.

IV.

Soweit Arbeiter vorgenannter Kategorien bereits nach höheren Lohngruppen entlohnt werden, tritt eine Verschlechterung nicht ein.

V.

Als „Verwaltungschef" im Sinne des § 11 a. a. O. ist der Fachminister anzusehen.

VI.

Die vorstehende Regelung tritt vom 5. 4. 1922 (Beginn der Lohnwoche) ab in Kraft.

An die nachgeordneten Behörden sämtlicher Zweige der preußischen Staatsverwaltung.

Aus dem Verkehrsleben.

Die Bezirksverwaltung Mannheim-Ludwigshafen hatte für den 30. April 1925 eine gemeinsame Versammlung der Straßenbahner, Kraftfahrer und Fuhrleute im Saale des alten Rathauses einberufen. Der Zweck dieser Versammlung war, diese Kollegen, die ihren Beruf ausschließlich auf der Straße ausüben müssen, mit den durch die fortgesetzte Verkehrssteigerung notwendigen polizeilichen Vorschriften vertraut zu machen und vor allen Dingen sie einander näher zu bringen, daß sie sich verstehen lernen, damit der Verkehr sich reibungslos abwickelt und so manche unliebsame Erscheinung, wie sie bei unvermeidlichen Zusammenstößen vorkommen, vermieden werden. Aber nicht nur das Verstehenlernen der Verkehrsarbeiter unter sich ist notwendig, sondern auch ein Hand-in-Hand-arbeiten mit den den Verkehr regelnden Polizeiorganen ist unter allen Umständen erforderlich.

In dankenswerter Weise hatte die Mannheimer Polizeidirektion sich bereit erklärt, einen Lichtbildervortrag über „polizeiliche Verkehrsaufsicht und Verkehrsregelung in den Großstädten" zu halten.

An Stelle des verhinderten Polizeidirektors Herrn Dr. Bader war Herr Polizeirat Weigel und Herr Oberwachtmeister Schwarzwälder erschienen. Kollege Schwarz schilderte ausführlich die riesige Entwicklung des Verkehrs, sowohl in den Großstädten wie auch auf der Landstraße.

Den Löwenanteil an dieser Entwicklung hat unbestreitbar der Kraftwagen (Automobil), der seinen Siegeszug durch die ganze Welt hält und noch lange nicht auf der Höhe angelangt ist. Naturgemäß vermehren sich hierdurch die Gefahren, zumal die Straßen in den seltensten Fällen die erforderliche Breite aufweisen, um den rapid gestiegenen Verkehr aufnehmen zu können. Es ergibt sich also die Notwendigkeit, Verkehrsstraßen zu bauen, um nicht fortgesetzt das Leben und Eigentum der anderen Straßenpassanten der größten Gefahr auszusetzen. Da aber dies von heute auf morgen nicht möglich ist, namentlich bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland, muß durch strengste Straßendisziplin alles getan werden, um Unfälle auf ein Minimum zu beschränken. Dies zu erreichen, ist nru möglich durch restlose Aufklärung über Verkehrsformen und Verkehrsregelung.

Waren zum Beispiel in früheren Zeiten die Fuhrleute ausschließlich die Verkehrsträger, so änderte sich dieses Bild, als die elektrischen Straßenbahnen und später das Kraftfahrzeug mit dem Pferdefuhrwerk in Konkurrenz traten. Redner gibt hierbei einen kurzen geschichtlichen Ueberblick über die Entwicklung des Verkehrs vom Altertum, durch das Mittelalter hindurch bis in die Gegenwart, wo das Kraftfahrzeug das Pferdefuhrwerk immer mehr in den Hintergrund drängt. Daß dadurch die Reibungsflächen sich vergrößerten, die Polizeibehörden immer mehr regelnd eingreifen mußten, ist ganz naturgemäß und für Mannheim durch seine Quadratbauart und mangelhaften Verkehrsmöglichkeiten über Rhein und Neckar doppelt notwendig. Im einzelnen noch die Widerstände und Voreingenommenheiten schildernd, mit denen Fuhrleute, Straßenbahner und Kraftfahrer bei Ausübung ihres Berufes zu kämpfen haben, richtet er zum Schluß an alle nochmals die dringende Mahnung, mehr Verkehrsmenschen zu werden, im Interesse des Verkehrs.

Alsdann begann Herr Oberwachtmeister Schwarzwälder an Hand einer Lichtbilderserie seinen Vortrag über polizeiliche Verkehrsaufsicht und Verkehrsregelung in den Großstädten. In klarer leichtverständlicher Weise erläuterte der Referent die bildlichen Darstellungen und ließ die verschiedenen Formen der Verkehrsregelungen in den namhaften Großstädten der Welt an unserem Auge vorüberziehen. Namentlich die Häufung der Unfälle rief bei allen Versammlungsteilnehmern die Ueberzeugung wach, daß alles getan werden müsse, diese auf ein Minimum zu beschränken. Redner bat, die Meinung, daß die Maßnahmen der Polizeibehörden nur zum Schikanieren der Verkehrsträger angewandt würden, endlich fallenzulassen und durch strikte Befolgung der Vorschriften den Verkehrsbeamten ihre schwere Aufgabe erleichtern zu helfen. Nicht die Sucht nach Bestrafungen leite die Polizei, sondern die manchmal unangenehme, aber notwendige Pflicht, den Verkehr in geordnete Bahnen zu lenken, um so die Verkehrtreibenden selber sowie die übrigen Straßenpassanten vor Schaden zu bewahren. Was die Polizeidirektion in Mannheim anbetrifft, so tue sie alles, um aufklärend zu wirken. Neben der Herausgabe der Gebote für den Straßenverkehr wirkte sie durch Lichtbilder in den Schulen auf die Jugend ein, um namentlich die Kinder auf die Gefahren der Straße aufmerksam zu machen. Daß auch das Verhalten des übrigen Publikums viel zu wünschen übriglasse, sei unbestritten, so daß auch hier noch viel Aufklärung geschaffen werden müsse; die Polizei werde auch hier alles tun, was getan werden könne, um erzieherisch zu wirken.

Redner schloß seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag mit der Bitte, gemeinsam mit den Polizeiorganen alles zu tun, um einen möglichst reibungslosen Verkehr zu gewährleisten.

In der anschließenden Diskussion wurden von verschiedenen Rednern Wünsche an die Polizei gerichtet, deren Erfüllung wesentlich zu glatter Verkehrsabwicklung und gegenseitigem Verstehenlernen beitragen würde.

Ein Vertreter der Kraftfahrer brachte mehrere Beschwerden über kleinliche Handhabung der polizeilichen Vorschriften, namentlich was die Geschwindigkeitsgrenze angeht. So sei es durchaus nicht notwendig, daß in einer verkehrsarmen Straße diese unbedingt eingehalten werden müsse, hier sollte man sich nicht an Formalitäten klammern, sondern den toten Buchstaben des Gesetzes Leben einhauchen, dadurch, daß man nur da strafend eingreife, wo die Verkehrssicherheit es erfordere. Wenn so gehandelt würde, sei es möglich, unsere Mitglieder von der guten Absicht der Polizei zu überzeugen. Auch dieser Redner bat alle Anwesenden, strenge Disziplin zu halten, damit das gewünschte Ziel eines geordneten Verkehrs erreicht würde.

Hierauf schloß der Vorsitzende unter Dankesworten an die Vertreter der Polizeibehörde die dreistündige, anregende Versammlung. Möge das Gehörte dazu beitragen, daß Mannheims Verkehrssicherheit bald an erster Stelle steht. Daß die Versammlung dazu beigetragen haben möge, ist unser Wunsch im Interesse der Allgemeinheit und nicht zuletzt im Interesse unserer Kollegen Kraftfahrer, Fuhrleute und Straßenbahner.

Bundesübersicht.

Seeleute. In der Frage der Beschäftigung von Farbigen auf deutschen Schiffen hat nunmehr infolge der von unserer Organisation wiederholt unternommenen Vorstöße am 24. April im Reichsarbeitsministerium eine Sitzung stattgefunden, an der die an der Seeschiffahrt beteiligten Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Unternehmer teilnahmen. Wie recht wir mit unserer Behauptung hatten, daß die Vorliebe der Reeder für die Farbigen lediglich der Profitsucht entspringt, beweist allein schon die Behauptung der Reeder, daß die Weltlage der Schiffahrt sie zwinge, so rationell wie möglich zu arbeiten, und dazu gehöre auch die Beschäftigung der Farbigen auf deutschen Schiffen. Das Ergebnis der Sitzung war die Annahme eines Vorschlages des Reichsarbeitsministeriums, wonach das Reichsgesundheitsamt ein ausführliches Gutachten erstatten soll, welches dann als Grundlage zu neuen Verhandlungen gemacht werden könnte. Eventuell soll ein paritätisch zusammengesetztes Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministeriums endgültig darüber entscheiden, ob Farbige, wie in der Vorkriegszeit, auf deutschen Schiffen beschäftigt werden sollen.

Der in Nummer 10 der Zeitschrift „Die Schiffahrt" veröffentlichte „Jahresbericht der Reichsabteilungsleitung der Seeleute im DVB." gibt auch dem Nichtfachmann ein anschauliches Bild von der Größe des von dieser Abteilung zu bearbeitenden Gebietes und der Fülle der Aufgaben.

Binnenschiffer. Für die in der Personenschiffahrt auf den Westdeutschen Wasserstraßen tätigen Kollegen wurde mit Gültigkeit vom 1. Mai ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen.

Postangestellte und -Arbeiter. Das Reichspostministerium scheint sich mit dem Betriebsrätegesetz absolut nicht abfinden zu können. Seit Jahren sträubt sich diese Behörde mit konstanter Böswilligkeit, die Deutsche Reichspost als einen Betrieb gelten zu lassen, der wirtschaftlichen Zwecken diene.

Bis jetzt war aber alles Sträuben vergeblich, denn die Tatsache, daß die Reichseisenbahn nicht weniger der Allgemeinheit dient wie es die Reichspost tut und trotzdem ihren Angestellten und Arbeitern die in Frage kommenden gesetzlichen Rechte einräumt, läßt sich nicht abstreiten. Trotzdem scheint man sich im RPM. nicht beruhigen zu können, und so haben sich die Herren unter die Altertumsforscher begeben, um den Nachweis zu erbringen, daß die Post tatsächlich kein Betrieb mit wirtschaftlichen Zwecken sei. In einer Eingabe an den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, die nicht weniger als 21 Maschinenschriftseiten umfaßt, ist wörtlich folgender Satz zu lesen:

„Die von den Reichsstädten im Mittelalter geschaffene Post ist ebensowenig ein Gewerbebetrieb gewesen wie das 1615 vom Kaiser zu Lehen gegebene Generalpostmeisteramt."

Nach dieser Entdeckung des RPM. braucht sich kein Mensch mehr zu wundern, daß bei der Deutschen Reichspost noch heute so manches altväterlich und mittelalterlich anmutet.

Hierdurch berufen wir die

Reichskonferenz

der Genossenschaftsarbeiter auf Freitag, den 22. Mai 1925, vorm. 9 Uhr, nach Berlin, Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25, ein.

Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:
1. Stellungnahme zum Reichsrahmentarif.
2. Wahl der Verhandlungskommission.
3. Wahl der Tarifamtsmitglieder.
4. Anträge.

Wünsche betreffs Besorgung von Logis sind bis zum 18. Mai an den Unterzeichneten einzusenden. Wer dies unterläßt, hat keinen Anspruch auf Besorgung von Logis.

Der Bundesvorstand.
Oswald Schumann.

Hierdurch berufen wir die

Reichskonferenz

der Gruppe Hausangestellten auf Sonntag, den 28., und Montag, den 29. Juni 1925, nach Berlin, Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25, ein.

Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:
1. Geschäftsbericht.
2. Die Unfallgefahren im Hausangestelltenberuf.
3. Der Lehrvertrag in der Hauswirtschaft.
4. Tarifgrundsätze.

Die Wahl der Delegierten erfolgt in den Gaubezirken, die Zahl der für die einzelnen Gaue in Frage kommenden Delegierten wird den Gauvorständen durch Zirkular mitgeteilt.

Wir bitten zur Konferenz Stellung zu nehmen und eventuell Anträge bis spätestens zum 15. Juni d. J. an den Unterzeichneten einzureichen.

Wünsche auf Besorgung von Logis sind bis spätestens zum 10. Juni 1925 an uns einzusenden. Wer dies unterläßt, hat keinen Anspruch auf Beschaffung von Unterkunft.

Der Bundesvorstand.
Oswald Schumann.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Lindow, Berlin SO.
Verlagsanstalt „Courier", G. m. b. H.
Druck: Maurer & Dimmick, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.